

Wirtschaftspolitische Betrachtungen

Rückschau, Gegenwartsbilanz, Ausblick.

Der Versuch, im Rahmen eines umfangmässig doch recht limitierten Beitrages die hauptsächlichsten verbands-, sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen im Laufe von vier Jahren zusammenzufassen und auf arbeitnehmerspezifische Folgewirkungen hin analysieren zu wollen, muss selbstverständlich bruchstückhaft bleiben. Ein tendenzieller Grundzug aber ist für den ganzen Berichtsabschnitt unverkennbar, der direkte und indirekte Einfluss des wirtschaftlichen Geschehens auf die staatliche und politische Aktivität, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeziehungen, sowie auf die sozialen Einrichtungen der öffentlichen Hand, hat sich weiter verstärkt. Dass damit auch der Kampf um die Verteilung des Wirtschaftsertrages härter wurde, versteht sich von selbst und zwang die Arbeitnehmerorganisationen – darunter natürlich auch den SMUV - die vertraglichen Konfliktregelungs-Instrumente praktisch in Permanenz anzuwenden.

Wohl noch nie seit dem Abschluss der ersten Vereinbarung in der Maschinen- und Metallindustrie im Jahre 1931 standen sich die Vertragsparteien derart häufig in Verbandsverhandlungen und vor Schiedsgericht gegenüber, um insbesondere die Höhe der teuerungsbedingten Lohnanpassungen abschliessend auszuhandeln. Dabei darf die allgemeine schweizerische Wirtschaftslage – retrospektiv gesehen – als keineswegs beunruhigend qualifiziert werden, zeichnete sich nach dem schweren rezessiven Einbruch der siebziger Jahre (1974-78) doch bereits 1980 eine gewisse konjunkturelle Belebung ab, die allerdings nicht lange anhielt.

Blickt man über unsere Landesgrenzen hinaus, dann verliert die schweizerische Arbeitsmarktsituation – so beunruhigend sie auch unter einheimischem Blickwinkel sein mag - ohnehin ihre Dramatik. Allein in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zählte man Ende 1983 an die 12 Millionen Vollarbeitslose, was 8,5 Prozent der erwerbsfähigen bzw. -tätigen Bevölkerung entspricht. Im gleichen Zeitraum wies unser Land statistisch rund 28'500 Vollarbeitslose bzw. 0,9 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung aus. In einzelnen Regionen – insbesondere in den Uhrenindustrie-Mono-Kantonen Neuenburg und Jura – stieg diese Prozentziffer allerdings auf den zweieinhalbfachen Wert und erreichte damit für schweizerische Verhältnisse bereits eine beängstigende Dimension.

Kein Wunder, dass die Arbeitnehmer-Organisationen im Berichtszeitraum bei der Landesregierung zugunsten analoger staatlicher Hilfsmassnahmen vorstellig wurden, wie in den Rezessionsjahren 1974-1978. Obwohl die entsprechenden Vorstösse von den Arbeitgebern und ihren Interessenorganisationen mit altbekannten Argumenten wie unerwünschte Strukturverzerrungen und ordnungspolitisch abzulehnende Eingriffe in die freie Marktwirtschaft bekämpft wurden, kam der Bundesrat und letztlich auch das Parlament den gewerkschaftlichen Forderungen mit einer direkten Beschaffungsprogramm-Finanzspritze sowie der Innovationsrisiko-Garantie zugunsten hochwertiger Technologien weitgehend nach.

In eine analoge Richtung - die Förderung von Hochtechnologien - zielten im Rahmen des zweiten Impulsprogrammes auch die vom Bund mit über 15 Mio. Frankenfinanzierten Weiterbildungskurse im rechner-unterstützten Maschinenbau, welche im Herbst 1983 in Bern, Lausanne und Winterthur begannen und vorläufig während sechs Jahren durchgeführt werden sollen. Im Laufe des Spätsommers 1983 machten sich – zur Hauptsache auf einem Investitionsschub und verstärkter Binnennachfrage in den Vereinigten Staaten beruhend - auch in unserem Lande konjunkturelle Belebungerscheinungen bemerkbar. Die teilweise recht tiefen Arbeitsvorräte nahmen - wenn auch in unterschiedlicher Grössenordnung – wieder zu und signalisierten damit eine (mindestens vorübergehende) wirtschaftliche Trendwende.

Trotz dieser markanten konjunkturellen Erholung, welche sich im Frühjahr 1984 noch verstärkte, entwickelte sich die Arbeitsmarktsituation als Folge forcierter Rationalisierungs-Anstrengungen sowie dem Abbau von Betriebsteilen, in denen in naher Zukunft keine signifikante Auftragsbelebung erwartet werden kann, alles andere als positiv. Zahlreiche bedeutende Unternehmen der Maschinen- und Metall- sowie der Uhrenindustrie (erwähnt seien hier lediglich BBC, Sulzer, Georg Fischer, Von Roll, Saurer, Alusuisse, Landis & Gyr, Tornos-Bechler-Gruppe, Kern, Wild Heerbrugg, ASUAG-SSIH) bauten tausende von Arbeitsplätzen ab und liessen teilweise noch im letzten Berichtsjahr (1983) verlauten, dass „weitere Restrukturierungsmassnahmen“ mit personellen Konsequenzen nicht auszuschliessen seien.

Die vorgenommenen Produktbereinigungen und die Straffung der Kapazitäten sowohl in der Maschinen- und Metall- wie in der Uhrenindustrie führten - wie bereits erwähnt - zu einem massiven Rückgang der Mitarbeiterbestände. So sank die Zahl der Arbeitnehmer in den Mitgliedfirmen des Arbeitgeberverbandes Schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller (ASM) 1983 erstmals markant unter die Grenze von 200'000. Während man im Hochkonjunkturjahr 1971 - bei einer wesentlich geringeren Zahl von Mitgliedfirmen als heute - noch 246,000 Beschäftigte zählte, waren es im Dezember 1983 nur noch 193'049. Allein im Laufe des Jahres 1983 gingen im ASM-Bereich 12'009 Arbeitsplätze, das heisst 5,86 Prozent des Gesamtbestandes verloren. Dabei war die Abbaquote im Werkstattsektor erneut am ausgeprägtesten. Während beim betriebstechnischen Personal 2'073 und beim kaufmännisch-administrativen „lediglich“ 1'484

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger ausgewiesen wurden, betrug die Werkstatt-Schwundbilanz 7'734 Köpfe. Statistisch untermauert ist auch die Fortsetzung des Trends von der Werkstatt ins Büro, verschob sich das Verhältnis des Werkstattpersonals zu den Angestellten doch erneut leicht zugunsten der letzten und lag Ende 1983 bei 56,6 zu 43,4 Prozent.

Diese Entwicklung ist leider nicht abgeschlossen, impliziert der weitere Vormarsch der Mikroelektronik doch gerade in der Maschinen- und Metallindustrie einen ständigen Innovationsdruck im Sinne eines beschleunigten technologischen Wandels bei vielen Produkten, steigender Komplexität und Typenvielfalt sowie neuen Verfahren der Automatisierung und Rationalisierung. Die Folgekonsequenz heisst ständiges Lernen und Umdenken auf allen Verantwortungsstufen des Betriebes und generell höhere berufliche Anforderungen. Versucht man diesen Veränderungsprozess gewerkschaftspolitisch in den Griff zu bekommen, so bedarf es hierzu zweifelsohne einer neuen syndikalen Strategie. Zwar hat sich unser Verband bereits im Jahre 1972 den Status einer Industriegewerkschaft mit entsprechenden Rekrutierungsabsichten im technischen Angestelltenbereich zugelegt - und hier auch gewisse Erfolge erzielt - die notwendige vertragspolitische Ausweitung des Geltungsbereiches und damit die Schaffung echter Ansprechbarkeits- und Werbemöglichkeiten aber blieb bis heute aufgrund des hartnäckigen Arbeitgeber-Widerstandes verbaut. Es ist für den weiteren Fortbestand und die zahlenmässige Entwicklung unseres Verbandes unerlässlich, dass hier - entweder auf dem Wege der direkten Verständigung mit den branchenspezifischen Angestellten-Organisationen oder via Gesamtarbeitsverträge - Anpassungs-Lösungen an die veränderten beruflichen und gesellschaftspolitischen Verhältnisse gefunden werden.

In unseren ökonomischen Betrachtungen seien die Rahmenbedingungen, mit denen sich das schweizerische Wirtschaftsgeschehen und damit auch unsere Verbandsaktivität während der Berichtsperiode konfrontiert sahen, nicht unerwähnt.

Dass unser Land mit seinem Überaus hohen Exportanteil sich den weltwirtschaftlichen Gegebenheiten nicht entziehen kann, ist eine Binsenwahrheit. Vergleicht man unsere diesbezügliche Ausgangslage jedoch mit denjenigen anderer westlicher Industriestaaten, so darf festgestellt werden, dass die Schweiz sich im Lichte aller massgeblichen internationalen Vergleichszahlen deutlich vom düsteren Hintergrund von Millionenheeren an Arbeitslosen, hohen Inflationsraten, enormer Staatsverschuldung, zerrütteter Währungsverhältnisse, Höchstzinsen u.a.m. abhebt. Dass diese relativ günstige Ausnahmesituation nicht wie Manna vom Himmel fiel, versteht sich von selbst. Neben einer gehörigen Portion Glück, dass unser Land vom Problem der Massenarbeitslosigkeit verschont blieb, und damit die soziale und politische Szenerie nicht in ähnlicher Weise belastet wurde wie im Ausland, haben sicher ein hohes Mass an staatsbürgerlicher Tugend, politischer Weitsicht, Arbeitswille, gewerkschaftlicher Besonnenheit und anderes mehr dazu beigetragen, dass unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit während der Berichtsperiode weitgehend intakt blieb. Die Voraussetzungen, dass diese privilegierte Situation trotz zunehmender protektionistischer Bestrebungen in wichtigen Abnehmerländern - zu denken wäre hier insbesondere an die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich und Japan - weiterhin andauert, sind recht günstig, stimmt doch das Preis-/Leistungsverhältnis nicht zuletzt dank konsequenter Ausnützung unserer Standortvorteile - niedrige Teuerungsrate, sozialer Friede, verantwortungsbewusste Gewerkschaften, innenpolitische Stabilität, billiges Risikokapital, leistungswillige und qualifizierte Arbeitnehmer usw. - nach wie vor. An der relativ hohen Stabilität der schweizerischen Wirtschaft - und insbesondere deren Exportsektor - war in den drei letzten Berichtsjahren (1981 bis 1983) selbstverständliche auch der geldpolitische Kurs unserer Nationalbank mitbeteiligt. Das diesbezügliche Erfolgsinstrumentarium hiess Beschränkung der bereinigten Notenbank-Geldmenge um höchstens 2 bis 3 Prozent pro Jahr. Zwar wurde diese Limite 1983 mit 3,6 Prozent etwas überschritten, doch einigte man sich für 1984 zur Erhaltung einer langfristigen Preisstabilität erneut auf die 3-Prozent-Quote. Wohl nicht zuletzt als Folge der Wechselkurs-Paritäten zwischen Franken und Dollar sowie zwischen Franken und D-Mark, stellte sich die Jahresteuern 1982 allerdings noch auf 5,6 Prozent. 1983 gelang es dann, diese Quote im Jahresdurchschnitt auf lediglich 2,9 Prozent - die niedrigste Teuerungsrate aller westlichen Industriestaaten - zu senken. Neben der auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik der Nationalbank trugen auch die gegenüber dem Vorjahr wesentlich billigeren Importe (günstigeres Wechselkursverhältnis) zu diesem erfreulichen Resultat bei. Für die allernächste Zukunft darf - nicht zuletzt dank der anhaltenden weltwirtschaftlichen Auftriebendenzen - mit weiterhin geringen jährlichen Teuerungsraten und einer nachhaltigen Verbesserung der industriellen Auftrags-, Umsatz- und Ertragssituation gerechnet werden. Im OECD-Raum jedenfalls machte die Erholung der Wirtschaftstätigkeit im 4. Quartal des letzten Berichtsjahres (1983) weitere Fortschritte, wobei als vorläufige Hauptbenefizienten die grossen Industriestaaten (USA, Japan und Bundesrepublik in Erscheinung traten.

In den kommenden Monaten - darin stimmen alle Konjunkturprognosen weitgehend überein - wird die wirtschaftliche Erholung mit Ausnahme von Frankreich und Italien praktisch in allen anderen westlichen Industriestaaten - darunter selbstverständlich auch der Schweiz - an Substanz gewinnen, wobei unsere Exportwirtschaft von den zum Teil bereits kräftigen Konjunkturimpulsen bei wichtigen Handelspartnern profitieren konnte. Ein wesentliches Hilfselement ist dabei der Frankenkurs. Wenn der reale Aussenwert des Schweizerfrankens, namentlich in bezug auf die Kursrelation zur D-Mark, sich auf dem Novemberstand 1983

hält, dann wird die Auslandnachfrage ihre steigende Tendenz zweifelsohne beibehalten. Auch bei der Inlandnachfrage sind weitere Zunahmeimpulse in Sicht, wobei die private Konsumnachfrage vom starken Teuerungsrückgang und der dadurch verbesserten Konsumentenstimmung getragen wird.

Ein weiteres wichtiges inländisches Auftriebselement dürfte die stabile Nachfrage nach Bauleistungen darstellen. In diesem Zusammenhang sei die günstige Wirkung der Auftragsvergaben im Rahmen des eidgenössischen Beschäftigungsprogrammes nicht unerwähnt. Dass die Arbeitsmarktlage - vor allem was den industriellen Bereich anbelangt - von diesen wesentlich verbesserten Ausgangsbedingungen nur zögernd profitiert, ist darauf zurückzuführen, dass dort die strukturellen Anpassungen noch nicht ausgestanden sind. Immerhin dürfte die rückläufige Beschäftigungstendenz auch im sekundären Bereich allmählich ein Ende nehmen. Damit ist auch vorgezeichnet, dass für die Arbeitnehmer die „sieben“ mageren Jahre vorbei sein müssen. Obwohl nach den Erhebungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) im vorjährigen Berichtszeitraum durchschnittlich Reallohnverbesserungen von 10,4 Prozent errechnet wurden, lassen unsere verbandseigenen Berichte den Schluss zu, dass eine sehr grosse Zahl von Kolleginnen und Kollegen vorab in der Uhren-, aber auch in Unternehmen der Maschinen- und Metallindustrie, diesen statistischen Richtwert auch nicht annähernd zugemessen erhielt. Die kommenden betrieblichen Lohnbegehren haben diesem Nachholbedarfs-Tatbestand gebührend Rechnung zu tragen.

Es ist im Rahmen eines SMUV-Geschäftsberichtes sicher ungewöhnlich, wenn hier einer ausserhalb des Verbandsgeschehens stehenden Persönlichkeit gerade im Kapitel „wirtschaftspolitische Betrachtungen“ gedacht wird. Wir meinen damit das zweifelsohne populärste und bekannteste Mitglied unserer Landesregierung, Willi Ritschard, welcher nur 19 Tage nach seinem 65. Geburtstag und der offiziellen Ankündigung des Rücktritts aus dem Bundesrat auf den 31. Dezember 1983) hin, bei einer sonntäglichen Wanderung auf dem Grenchenberg einem Herzversagen erlag. Mit ihm verlor das Schweizervolk, insbesondere aber seine ideologische Heimat - die Arbeitnehmer und Gewerkschafter - einen Magistraten, der es, wie kein anderer Bundesrat zuvor, verstanden hatte, komplizierte wirtschafts- und finanzpolitische Tatbestände in plastischer, bildhafter Sprache auch dem einfachen Bürger verständlich und damit vertrauter zu machen. Sein Tod liess denn auch, wie Bundespräsident Pierre Aubert an der Abdankungsfeier in Solothurn wortwörtlich sagte, im ganzen Land eine grosse Leere zurück.

Versucht man die Situation unseres Verbandes innerhalb der Berichtsperiode im Sinne einer Manöverkritik zu analysieren, so darf im grossen und ganzen von angepasster Behauptung, unter wesentlich erschwerten wirtschaftlichen, sozialen und auch gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gesprochen werden.

Längst nicht alle Begehren, Forderungen, Wünsche und Hoffnungen gingen unter diesen neuen bzw. mindestens erheblich veränderten Umständen in Erfüllung. Der Wille zur Erreichung aller statutarischen Ziele aber ist ungebrochen. Hierfür ist ein mitgliedermässig starker, unabhängiger, agiler und kreativer SMUV notwendig. Deshalb gilt es auf dem gewerkschaftlichen Marsch in die Zukunft vermehrt Aktivitätsschwerpunkte zu setzen und die vordringlichsten verbandspolitischen Probleme - Mitgliederbestand, gesamtarbeitsvertragliche Geltungsbereiche, Vollbeschäftigung, Verbesserung der internen Organisations- und Arbeitsstrukturen, Finanzhaushalt, Vertrauensleute-Präsenz in den Betrieben - einer raschen Lösung entgegenzuführen.

SMUV Schweiz, Geschäftsbericht 1980-1983, Seite 9ff.

SMUV Schweiz > Jahresbericht 1980. SMUV Schweiz